

# Die Bauergewerkschaft

## Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,— RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr  
nr. 8 · 31. Jahrgang      Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3      Berlin, 22. Februar 1930

### Bauarbeiternot

Eine in der ersten Februarwoche in Königswinter am Rhein stattgefundene Führertagung unseres Verbandes befaßte sich mit den aus der Wirtschaftsnot des Baugewerbes erwachsenen besonderen sozialen und wirtschaftlichen Notständen. Die deutsche Bauwirtschaft war im verflossenen Jahre nicht in der Lage, ihren Berufsangehörigen ausreichend Arbeit und Auskommen zu gewähren. Die christlich organisierte Bauarbeitergewerkschaft war im Jahresdurchschnitt zu 36 Prozent arbeitslos; sogar in den Hochsommermonaten blieben 14 Prozent ohne Arbeit. Der diesjährige milde Winter sieht ein arbeitsloses Bauvolk und widerlegt so die weitverbreitete Auffassung von dem Baugewerbe als einem typischen Saisongewerbe.

Die Arbeitsnot ist vorwiegend auf die Schwierigkeiten der Baugeldbeschaffung zurückzuführen. Neben der allgemeinen, auf Kriegswirkungen beruhenden Kapitalnot ist die ungenügende Zurückhaltung der Hauszinssteuer-mittel für Bauzwecke die Ursache dieser Wirtschaftsnote.

Eine wenig bekannte Folgewirkung hiervon ist zunächst, daß von Zehntausenden der handarbeitenden Berufsangehörigen die zeitlichen Voraussetzungen für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung nicht erfüllt werden konnten. Weitere Zehntausende sind infolge rigoroser Anwendung des § 89a des Arbeitslosenversicherungsgesetzes nicht als arbeitslos im Sinne des Gesetzes anerkannt worden. Aus diesen Gründen läßt sich auch die jetzige Ausschaltung der Bauarbeiter aus der Krisenfürsorge unter keinen Umständen mehr rechtfertigen. Mit Geldmangel allein können soziale und staatsbürgerliche Notwendigkeiten nicht dauernd abgelehnt werden.

Die Arbeitsaussichten für das neue Wirtschaftsjahr sind gering. Der Beschluß des Deutschen Städtetages, die Finanzkalamitäten durch Abbrosselung der kommunalen Bauvorhaben zu mildern, muß angesichts des Charakters des Baugewerbes als Schlüsselgewerbe schärfstens abgelehnt werden. Von Reich und Ländern muß erwartet werden, daß sie zur ausreichenden Baugeldbeschaffung umgehend alle

gangbaren Wege gehen. Die Hauszinssteuer muß als Zwecksteuer ausschließlich zum Wohnungsbau verwendet werden. Eine Erhöhung dieser Steuer zum ausschließlichen Zwecke der Wohnungsneubausförderung würde befruchtend auf die ganze Wirtschaft wirken und die Arbeitslosigkeit wesentlich mildern. Die Herannahung von Auslandsgeld zur Behebung der Bautätigkeit war längst eine Notwendigkeit; die gegenwärtige schlechte Verfassung des deutschen Hypothekenmarktes macht sie geradezu unausweichlich.

Wenn der Gesetzgeber das Vertrauen des Volkes nicht ganz verlieren und weiteres Elend verhindern will, muß baldigst die Begriffbestimmung der Arbeitslosigkeit im Arbeitslosenversicherungsgesetz dahin geändert werden, daß auch dem Arbeitnehmer mit ländlichem Kleinbesitz die Lebensmöglichkeit erhalten bleibt. Die Pflicht zur Ausbringung der Mittel für unverschuldete Arbeitslosigkeit muß neben der selbständigen Wirtschaft auf alle Kreise der Lohn- und Gehaltsempfänger, also auch auf die Beamten, ausgedehnt werden. Das erfordert die Volks- und Schicksalsverbundenheit ebenso wie die ausgleichende Gerechtigkeit. Zuschüsse des Reiches rechtfertigen sich aus den arbeitsmarktpolitischen Nachwirkungen von Krieg und Inflation. Ein Teil der Folgeträgnisse fände hier gleichfalls gerechte Verwertung, wenn ein innerer Zusammenhang zwischen zollgeschützter Industrie und Landwirtschaft und zollbelasteter Verbraucherwirtschaft bestehen soll. Ebenso wäre die Verwendung von Teilen der Börsensteuer für diese Zwecke gerechtfertigt, als teilweise Wiedergutmachung von Wirtschaftsschäden, die durch ungesunde Börsenspekulationen verursacht wurden. Die Rationalisierung muß ihren Ausgleich für die Arbeiter durch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit finden.

Die von ernster Sorge für einen großen Berufsstand diktierten Forderungen können von Reich, Ländern und Gemeinden wie auch allen anderen verantwortungsbewußten Kreisen nicht ernst genug genommen werden.

### Zur Behebung der Arbeitslosigkeit

[Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten]

Arbeitslosigkeit kann man nur durch Arbeit beheben. Dieser Satz hatte noch vor einigen Jahren eine größere Geltung als heute. Der Sinn jenes Satzes war: Neue Arbeit erdenken, planen und bahnen, so, daß mehr Menschen beschäftigt werden können. Es sollte in jenem Satz aber auch ausgedrückt sein, daß durch umsichtigeres Denken und Handeln der Preis der Waren gesenkt werden sollte, um so einen größeren Absatz zu erzielen. Um den größeren Absatz zu bewältigen, sind mehr Menschen nötig, und damit wird die Arbeitslosigkeit verringert.

Sicher ist, daß die Arbeitslosenfrage nicht durch Streckung der Arbeit und nicht durch die Arbeitslosenfürsorge gelöst werden kann. Durch jenes und dieses Mittel kann man die Uebel der Arbeitslosigkeit mildern oder lindern (das darf nicht gering eingeschlagen werden), aber sie nicht in der wünschenswerten Weise verringern. Verkürzte Arbeitszeit mit entsprechenden Gehalts- oder Lohnkürzungen mag die Zahl der Arbeitslosen vermindern, aber sie bringt keine Lösung; denn Verkürzung des Gehalts oder Lohns ist unerwünscht. Die Arbeitslosenfrage sucht die Wirkungen der Arbeitslosigkeit zu mildern, indem sie den Aufwand hierfür auf möglichst viele Menschen überträgt. Das ist durchaus achtenswert, aber weder den Unterstützten, noch denen, die die Unterstützung aufbringen, ist wohl dabei. Woher aber soll die Lösung in dieser Frage kommen?

Es gibt da manche Vorschläge. So z. B. Moorland für den Anbau von Nahrungsmitteln geeignet machen. Automobilstraßen sollen gebaut werden, Klein-

stellungen in der Landwirtschaft sollen angelegt, der bessere landwirtschaftliche Boden mehr gärtnerisch ausgenutzt (dieser Boden gründlicher bearbeitet, befaßt, bepflanzt, gehegt und gepflegt) werden. Auf diese und ähnliche Weise soll der Zugang an Arbeitskräften vom Land aufgehoben, ja, es soll ein „Rückfluß“ von den Städten aufs Land angestrebt werden, oder aus der Fabrikarbeit soll ein Teil zur Landarbeit übergehen. Ob und wie das möglich ist, soll hier nicht untersucht werden. Es sei hier auf jene Vorschläge hingewiesen, um zu zeigen, daß es manche Lösungsvorschläge gibt. „Die Lösung“ wird aber ein einzelner Vorschlag und dessen Durchführung wohl nicht bringen. Auch alle zusammen werden die Lösung nicht bringen. Wohl aber ist eine Verminderung der Arbeitslosigkeit zu erreichen, wenn einige dieser Vorschläge ausgeführt werden. Das wäre immerhin eine Verbesserung des jetzigen Zustandes, und deshalb sollte man auch nicht abschließend an jenen Vorschlägen vorbeigehen. Aber, wie schon angedeutet, eine befriedigende Lösung der Arbeitslosenfrage ist damit nicht zu erzielen. Sie muß von einer anderen Seite her kommen.

Die Verminderung der Arbeitszeit kann die Lösung bringen.

Aber nicht etwa die Verminderung der Arbeitszeit, die durch die Streckung der Arbeit (Kurzarbeit, Ausfall einiger Arbeitsstunden am Tage oder Ausfall eines oder mehrerer Arbeitstage in der Woche) herbeigeführt wird, sondern die allgemeine Verringerung der Arbeitszeit. Sagen wir einmal die Herabsetzung der Arbeitszeit von acht auf sieben Stunden am Tage, oder die Verkürzung der sechstägigen Arbeitswoche auf eine fünftägige. Diese Herabsetzung aber darf nicht mit einer Gehalts- oder Lohnver-

zung verbunden sein. Ueber diesen Vorschlag werden sich manche Unternehmer aufregen. Sie werden sagen: Wir kommen schon bei der jetzigen Arbeitszeit nicht aus, was soll erst aus uns werden, wenn die Möglichkeit, durchzukommen, noch mehr beschnitten wird? Derlei Rufe kann man (persönlich genommen) verstehen, aber sie sind kurzfristig und volkswirtschaftlich falsch. Dafür diese Begründung: Was man „Produktivität“ nennt, hat sich im Laufe der letzten Jahre sehr entwickelt. Unter Produktivität soll hier: Ergiebigkeit in der Güterherstellung verstanden werden (mörtlich bedeutet Produktivität: Fruchtbarkeit, Schöpferkraft, Ergiebigkeit). Wir können heute in weniger Zeit mehr schaffen und mehr erreichen als früher. Eine ganz natürliche Folge dieser größeren Ergiebigkeit müßte die Verkürzung der Arbeitszeit sein. Ob es zweckmäßiger ist, die Arbeitszeit von acht auf sieben Stunden zu verringern, oder eine fünftägige Arbeitswoche zu schaffen, sei dahingestellt. (Ich entscheide mich für die fünftägige Arbeitswoche, weil ich zwei ganze Tage der Ausspannung für menschlich empfehlenswerter halte.) — Dieses Vorwärtstreiben der Ergiebigkeit ist im Augenblick nicht abzusehen. Sie dringt vor. Die Wirkung davon wäre, daß sich die Arbeitslosigkeit vermehrte, wenn nichts geschähe, was unbedingt aus der größeren Ergiebigkeit hervorgehen muß: nämlich die Verringerung der Arbeitszeit. Volkswirtschaftlich gedacht, ist die größere Ergiebigkeit des menschlichen Denkens und Tuns ein Fortschritt. Dieser Fortschritt aber soll eine Geißel für die Menschheit bringen, die Geißel der Arbeitslosigkeit?

Es ist volkswirtschaftlich falsch und es ist unmenschlich, aus dem wirtschaftlichen Fortschritt Geißeln herauszuwaschen zu lassen. Sagen wir es ganz volkswirtschaftlich: Wir haben es heute ganz einfach gar nicht mehr nötig, so lange wie früher oder wie noch vor kurzem zu arbeiten. Dem Sinne dieser Darstellung nach darf man aber nicht folgern: es geht auch so (also mit siebenstündiger Arbeitszeit oder einer fünftägigen Arbeitswoche). Sondern man muß sagen: es geht so besser. Die Menschen, die sich nicht so plagen und schinden müssen, sind viel mehr Mensch. Sie werden gesünder und lebensfähiger werden, besser geschult werden können, besser denken und noch wirksamer arbeiten lernen. Wenn einige die Verkürzungen mißbrauchen sollten, so darf dies kein Einwand gegen die geforderte Verkürzung sein. Soweit ich sehe, kann alles, was zu brauchen ist, auch mißbraucht werden. Deshalb aber folgert kein vernünftiger Mensch: Schafft den Brauch ab, damit der Mißbrauch aufhört, sondern: Geht dem Mißbrauch zu Leibe! Wer kennt nicht jenen Vers, daß es doch gar keinen Sinn habe, die Arbeitszeit zu verkürzen, die Arbeiter hätten dann um so mehr Zeit, in die Kneipen zu gehen, um da ihren Lohn zu „verlaufen“. Solche unberechtigten Verallgemeinerungen tragen doch zu deutlich den Stempel engstirniger und kurz-sichtiger Denkweise an sich, als daß man sich näher damit zu beschäftigen brauchte.

Es wäre allerdings noch ein Mittel denkbar, die Arbeitslosigkeit zu verringern. Das wäre eine bemerkenswerte Erhöhung der Gehälter und Löhne. Sie brächte wohl im ersten Augenblick keine Verringerung der Arbeitslosigkeit, aber, auf eine gewisse längere Zeit hinaus gesehen, wirkte sie sich günstig für die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten aus. Sind erhebliche Teile eines Volkes kaufkräftiger, dann kaufen sie auch mehr oder Besseres, und beides wirkt so, daß ausbrechendere Arbeitsgelegenheiten entstehen.

Praktisch genommen, wäre zu überlegen: Was ist in dieser Zeit volkswirtschaftlich am zweckmäßigsten: die Verminderung der Arbeitszeit oder die Erhöhung der Löhne?, und dann: Soll man auch Moorböden erschließen, da und dort siedeln, gewisse Böden gärtnerisch bewirtschaften, Automobilstraßen bauen, die Verkehrsmittel besser ausstatten und ähnliche Arbeitsgelegenheiten schaffen? Man muß bedenken, was sich von all dem alsbald ausführen läßt und was nicht so rasch durchzuführen ist. Es wäre also zwischen Maß- und Fernzielen zu unterscheiden. Auf alle Fälle müssen alle Vorschläge erwogen und

auf ihre mögliche Wirksamkeit hin geklärt werden. Was aber gleich geschehen kann, darf nicht aufgeschoben werden. Aus den „Ermägungen“ nicht herauskommen, birgt eine große Gefahr in sich. Der Sachverhalt ist zu übersehen, die Mittel sind bekannt, es gilt nur, sie alle zusammen noch einmal zu bedenken, das Geeignete auszuwählen, zu planen, anzubahnen und durchzuführen.

Die fünfjährige Arbeitswoche, wie sie in den Vereinigten Staaten zum Teil bereits eingeführt ist, ist ein erstrebenswertes Ziel. Je weiter die Nationalisierung vordringt (Die Typung, Normung, Maschinisierung und Mechanisierung, wirksamere Organisation der Betriebe), um so größer wird das Arbeitsergebnis im ganzen sein. In kürzerer Zeit ist so das zu schaffen, was die Menschen zum Leben brauchen. Der Mensch aber, der maschinenmäßig oder nach dem Takt der Maschine arbeiten muß, braucht auch größere Ruhezeit, um sich wieder zu erholen. Die Eintönigkeit der mechanisierten Arbeit (immer denselben Handgriff während der ganzen Arbeitszeit zu tun) ist nicht so allgemein angreifend, wie man ab und zu liest oder hört. Durch mannigfache Untersuchungen ist dargetan worden, daß es Menschen gibt, die nicht für eine solche Arbeit geeignet sind, sie als niederdrückend empfinden. Es gibt aber auch Menschen, die gern nach dem Gleichtakt arbeiten, und andere, die keine besondere Unlust dabei verspüren. Jedenfalls, die Maschine verdrängt die Menschen nicht, und die Mechanisierung stumpft sie nicht ab. Durch eine zweckmäßige Berufsseignungsuntersuchung und durch Verkürzung der Arbeitszeit kann man den Uebeln abhelfen, die durch die Maschinisierung und Mechanisierung entstehen.

Es ist Unsinn, sich gegen die Nationalisierung dieser Art zu wenden, wohl aber ist es berechtigt und nötig, möglichst vollkommene Maschinen und Mechanisierungen zu verlangen, den entsprechenden Ertrag (Gehalt und Lohn) aus der ergiebigeren Tätigkeit und eine Arbeitszeit, die dem größeren Arbeitsergebnis angepaßt ist. Die Menschen sind keine mechanisierten Mittel der Güterherstellung. Ein größerer Teil muß wohl an mechanisierten Einrichtungen arbeiten, aber dieser und der andere Teil möchte auch in den Genuß der Arbeit kommen: Zeit zum Verzehren, Verbrauchen und Genießen der Güter haben. Der Sinn der Arbeit ist: Erhaltung und Förderung des Lebens. Die Arbeit soll Freude und Glück bringen.

Im den Sinn des Lebens muß man in diesem Zusammenhang erinnern und ebenso an den Sinn der Arbeit. Der Mensch muß wissen, warum und wozu er arbeitet, warum er so und nicht anders arbeitet. Liebt er auch nur eine kleine Teilverrichtung aus, so muß er wissen, daß sie für das Ganze unbedingt nötig ist. Er muß, es er so oder anders arbeitet, wissen, daß er durchaus gebraucht wird und eine Arbeit leistet, die für sein Gedeihen und das des ganzen Volkes nötig ist. Von früh auf sollen so die Menschen die Arbeit schätzen lernen: sie soll den Menschen Freude und Glück bringen, und jeder soll sich bestreben, seines dazu beizutragen. Etwa nach den Worten von A. S. Francé: „Der beste Arzt werden, der beste Lehrer oder Kaufmann, die beste Mutter, der beste Staatsmann, der beste Straßenarbeiter. Alle sind nötig, und jeder kann das Hochgefühl haben: ohne mich geht es nicht. Mit uns vollendet sich die Welt.“ Wer in diesem Geiste an die Lösung der Arbeitslosenfrage herangeht und entsprechend handelt, der ist auf dem Wege zu ihrer Lösung.

Unter dem Titel: „Fünf Tage sollst du arbeiten“ berichtete neulich W. Heß über die Fünftagewoche bei Ford. (Heß irrte aber darin, daß Ford der Erfinder

des laufenden Bandes sei. Das laufende Band war schon lange vorher in Chicagoer Blechwerftstätten angewandt.) Ford denkt betrieblich praktisch. Er stellt sein Denken und Handeln oft als allgemeingültig und sozial dar, aber das ist es wohl nicht. Er denkt und handelt einzelwirtschaftlich, für seine Unternehmungen, aber das muß man ihm lassen: er denkt weitfichtig und umsichtig. So hat er auch seine Fünftagewoche nicht aus Liebe zur Menschheit oder aus sozialer Fürsorge eingeführt, sondern seiner eigenen Unternehmungen wegen. Nämlich: wenn auch die Angestellten und Arbeiter Autos kaufen sollen, so müssen sie auch Zeit dafür haben. Nur zur Fabrik und wieder nach Hause fahren, „das macht keinen Spaß“, aber zwei volle, freie Tage in der Woche, das „lohnt“ schon eher. Ford weiß, daß eine Schwalbe noch keinen Sommer macht, aber einer muß voranfliegen. Das tut er, aber die anderen sollen folgen, seiner Autos wegen. Seine Autos sollen in so großer Zahl gekauft werden, daß seine Betriebe gedeihen. Ford ist aber auch überzeugt, daß die Fünftagewoche auch in anderen Betrieben nach und nach durchzuführen ist (sonst hätte er gar nicht damit angefangen). Entschlossen führte er sie ein. Er rief zur Meldung von Arbeitern auf und stellte 30 000 neue Arbeiter ein. Er kann sich das leisten, andere werden sich das auch leisten können. Von dieser Seite soll die Lösung der Arbeitslosenfrage kommen.

Der Verfasser sagt ganz richtig, daß die Beseitigung der Arbeitslosigkeit auf die Dauer nur durch eine Kürzung der Arbeitszeit oder durch eine Steigerung der Löhne erreicht werden kann. Ob aber solche Maßnahmen Erfolg haben würden, das hängt auch noch von anderen sehr wesentlichen Faktoren ab. Beide Maßnahmen würden notwendig mit einer Geldvermehrung verbunden sein. Es entsteht dann die Frage, ob diese Geldvermehrung eine Steigerung der Produktion erzeugt und damit wirklich erst auf die Dauer die Arbeitslosigkeit beseitigt. Mit dieser Frage befaßt sich der nachfolgende Artikel.

Die Schriftleitung.

### Kann die Arbeitslosigkeit durch Geldvermehrung behoben werden

Gegenüber der primitiven Tauschwirtschaft, in der umständlich Güter gegen Güter umgetauscht wurden, bedeutet die moderne Geld- und Kreditwirtschaft einen Fortschritt, den man nicht leicht überschätzt. Weil sich aber nun in jeden Austausch von Gütern das Geld als Vermittler eingeschoben hat, so ist heute der Blick der meisten Tauschenden, d. h. der Käufer und Verkäufer, auf das Geld gerichtet. Geld ist alles. Für Geld kauft man die ganze Welt; für Geld kann man den Teufel tanzen lassen. Und doch sollte man aus der Inflationszeit noch wissen, wie sehr bedingt der Wert des Geldes ist. Geld an sich ist nämlich so gut wie gar nichts wert. Auch Goldgeld nicht. Es wird erst etwas wert, wenn man dafür etwas anderes eintauschen kann. Dazu ist Voraussetzung, daß etwas anderes da ist. Nicht das ist das Wichtigste, daß die Banknoten, die als Geld umlaufen, durch Gold gedeckt sind, sondern daß alles Geld, das umläuft, durch Güter gedeckt ist. Diese Ausdrucksweise sollte man sich ruhig angewöhnen. Ihr Wahrheitsgehalt und ihre Eindringlichkeit sind es wohl wert.

Ist nun eine Volkswirtschaft einigermaßen mit Geld versorgt, so hat weiteres Geldmachen durch die Reichsbank nur dann und soweit Sinn, als es zu einer Produktionssteigerung, zu einer Gütervermehrung führt, so daß das Verhältnis von Geld und Gütern im labilen Gleichmaß bleibt. Das ist dann der Fall, wenn durch eine Vermehrung des Geldes zwar die Nachfrage nach Gütern sich vermehrt, nicht aber die Preise sich erhöhen. Erhöhte Nachfrage erzeugt nämlich alsbald erhöhte Produktion. Führt aber das Geldmachen, oder — was im Effekt dasselbe ist — das Kreditgewähren außer zu einer Steigerung der Nachfrage auch zu einer Steigerung der Preise, so sind die Wirkungen mehr schädlich als nützlich. Es tritt dann ein kleines Inflationschen ein. Das bedeutet allemal Entwertung der Spargelder. Ob aber durch Geldvermehrung eine Steigerung der Preise wirklich eintritt, hängt nicht nur von der Geldvermehrung selbst, sondern auch von der Einsicht der Verkäufer und Käufer ab. Daß Preissteigerungen schädlich sind, diese Einsicht ist in Deutschland noch nicht groß. Wäre sie es, so würden wir auf dem Wege vorsichtiger Kreditgewährung unserer Arbeitslosigkeit und daraus folgender Geldvermehrung zu einem großen Teil Herr werden können. Unter dieser Voraussetzung würde nämlich weit mehr als bisher gekauft, also auch verkauft, also auch produziert werden können. Mehr Produktion ergäbe aber mehr Arbeitsgelegenheit.

### Die Bauten liegen still . . .

Ueber die völlig unzulängliche Bautätigkeit und die trostlose Lage der Bauwirtschaft in den letzten Monaten ist in der „Baugewerkschaft“ schon hinreichend geschrieben worden. Die damit verbundene Notlage zahlreicher Bauarbeiterfamilien wird leider allzu wenig erkannt. Entbehrung und Not lasten auf Zehntausenden von Bauarbeiterfamilien. Kein Mensch kümmerte sich bisher darum. Allmählich jedoch scheint man sich dessen bewußt zu sein, wie verheerend die heutige Lage im Baugewerbe ist. Uns will allerdings scheinen, als ob weniger die schwierige Lage der Bauarbeiterfamilie die Ursache dieser Erkenntnisse wäre, als vielmehr die Tatsache, daß die unfertigen Bauwerke eine öffentliche Anklage gegen alle diejenigen sind, die für die Ankurbelung und Belebung der Bautätigkeit verantwortlich gemacht werden. Aber sei dem, wie es will. Wir finden in der letzten Zeit Stimmen in der Presse, die mit einer gewissen Wehmut die heutige Situation in der Wirtschaft und insbesondere in der Bauwirtschaft schildern. In einer unserer Bewegung nahestehenden Tageszeitung finden wir am 30. Januar unter obiger Ueberschrift folgende kurze Betrachtung, die wir glauben unseren Mitgliedern nicht vorenthalten zu dürfen:

„Man mag über diesen Winter, der in wirtschaftlicher Hinsicht einer der schwersten in der ganzen Nachkriegszeit ist, denken, wie man will, eines lehrt er uns erkennen und schätzen, nämlich die Bedeutung des Geldes. Selbst der einfachste Mensch, der sich sonst nie mit der Finanzpolitik irgendwie beschäftigt hat, lernt nun ganz von selbst verstehen, daß er in unmittelbarem Kontrast steht mit den großen finanzpolitischen Erörterungen, die in den letzten Wochen die Welt beschäftigt haben und auch jetzt noch beschäftigen. Er lernt verstehen, was es für jeden von uns, auch für ihn, bedeutet, wenn sich der ausländische Geldmarkt für deutsche Anleihen verschließt. Er erkennt, daß das Geld der belebende Blutstrom ist, der das Wirtschaftsleben pulseren läßt. Wird der Wirtschaft dieser Lebensstrom abgeschnitten, so ermattet sie. Die Folgen sind Kurzarbeit, Feierschichten und Entlassungen. Kaum jemals in den Nachkriegsjahren war die Zahl der Arbeitslosen so groß wie in diesem Winter. Da wir vom ausländischen Kapitalmarkt fast abgeschnitten sind und da der Arbeiter kein Geld hat, geht es auch allen Wirtschaftszweigen schlecht, die nicht in enger Verbindung mit dem Großkapital stehen, den Handwerkern und Kaufleuten, den Kaufhäusern und Restaurateuren.

Am deutlichsten äußert sich die heutige Geldknappheit vielleicht im Bauwesen. Hier tritt sie so kraß in Erscheinung, daß sie fast wie ein Notruf wirkt. Eine Fahrt durch das Industriegebiet vermittelt fast erschütternde Eindrücke. Überall, in den meisten Städten, erblickt man stillgelegte Bauten, meistens Großbauten, Kirchen, Verwaltungsgebäude, Fabrikbauten und Bauten, die in den Dienst der Allgemeinheit gestellt werden sollen. Ein klägliches Bild bieten diese Bauten. Einige von ihnen sind erst halb fertiggestellt, und die unfertigen Mauern erwecken fast den Eindruck, als hätte hier ein großes Zerstörungswerk gehaust. Andere sind im Rohbau fertiggestellt bis auf das Dach. Um dieses aufzusetzen, fehlte plötzlich das Geld. Notdürftig hat man sie mit einem Bretterbelag versehen, um sie wenigstens in etwa vor den Anbliden der Winterwitterung zu schützen. Wieder andere Neubauten machen schon einen fertigen Eindruck, aber im Innern ist alles noch wüst und leer, denn es blieb plötzlich das Geld aus, und nun war es nicht möglich, die Innenausgestaltung fortzusetzen.

Wie steigengewordene Notschreie der Zeit wirken diese unfertigen Bauten. Fast möchte man sie als Symbol unserer Zeit überhaupt betrachten, die aus dem Wirrwarr heraus zur Klärung und Vollendung drängt und doch nicht dazu gelangen kann, weil die Kräfte immer wieder unterbunden werden, die das Werk der Vollendung entgegenführen sollten.“

Diese Presseäußerung spricht wirklich für sich. Wir Bauarbeiter würden uns freuen, wenn dieser Erkenntnis auch endlich Taten folgten. Diese steinerne Notschreie sind mehr als Symbole unserer Zeit, sie sind der Ausdruck der vollständig verfahrenen Politik in vielen Kommunen. Sprechen wir dieses einmal offen aus. Das Streben ging doch in den letzten Jahren darauf hinaus, sich gegenseitig den Rang abzulaufen, bezüglich der Erstellung von Sportplätzen, Stadion, Brunnenbauten und dergleichen. Wir einer eisernen Verbissenheit, die nicht zu übertreffen war, ging man auf diesem Gebiete vor. Die gegenseitigen Bestimmungen bezüglich der produktiven Erwerbslosenfürsorge leisteten dieser kommunalen Betätigung indirekt Vorschub. Welche Mittel für derartige Zwecke, ebenso für Notstandsarbeiten aller Art verausgabt wurden, beweist die Tatsache, daß das Landesarbeitsamt Rheinland allein im Jahre 1929 zirka 3 1/2 Millionen RM. hierfür ausschüttete. Auch das Landesarbeitsamt Hannover verausgabte ungefähr diese Summe. Im Bereich des Landesarbeitsamtes Westfalen begnügte man sich mit 600 000 RM.

Wie gesagt, auf diese Weise sind in der Nachkriegszeit viele Millionen Mark von den einzelnen Kommunen herein genommen worden. Man muß doch das billige Geld nehmen, so wurde den Mahnern gesagt, wenn diese sich ermahnen, zu warnen. Jetzt gilt es, die Zinsen und Tilgungssätze alljährlich zu entrichten.

### Notschrei eines Arbeiters

Eingeschnitten in Not und Qual  
Fördern wir Kohle, hämmern wir Stahl,  
Weben wir Kleider, kochen wir Brot,  
Bauen wir Häuser — und bleiben in Not.

Voll ohne Heimat, Mann bei Mann  
Dem Lichte entzerrdet, in Not gebannt,  
Welke Frauen von Not zermürbt,  
Avidheit, die in der Büste verdrückt.

Eingeschnitten in Not und Qual  
Eind wir Maschinen, sind nur eine Zahl,  
Stöhnt unsere Seele bei Schlag und Stoß!  
Skaven der Arbeit . . . . . namenlos.

Georg Homrighausen, Sieckhausen

Bei vielen Städten gehen diese Beträge in die Tausende. Und nun fehlt das Geld an allen Ecken und Enden. Den alleinigen „Ausweg“ sieht man darin, die Bauwirtschaft zu droffeln. Die verheerenden Auswirkungen dieser eigenartigen Kommunalpolitik sehen wir jetzt allenthalben.

Aufgabe unseres Verbandes muß es sein, allüberall nachdrücklich zu fordern, daß die Bautätigkeit wieder unbedinglich aufgenommen wird. Hier darf man vor dem stärksten Druck auf die Städte nicht zurückweichen. Das gemeinsame Vorgehen der Arbeitgeber- und Bauarbeiterverbände hat im Industriegebiet an verschiedenen Orten schon erfreuliche Erfolge gezeitigt. Die Erkenntnis, daß es so nicht mehr weiter gehen kann, scheint sich anzubahnen. Daher gilt es jetzt zu handeln. Das Interesse unserer Kollegen erfordert es gebieterisch.

Josef Einig.

## Allgemeine Rundschau

### Ein unmöglicher Vorschlag

Nach einmütiger Ablehnung der Gefahrgemeinschaft in der Sozialversicherung durch die Spitzen-gewerkschaften und nachdem auch die Führer der politischen Parteien in einer Besprechung mit dem Reichsfinanzminister sich einstimmig gegen die Gefahrgemeinschaft ausgesprochen hatten, hat der Reichsfinanzminister seinen ursprünglichen Plan aufgegeben. Wie aber „Der Deutsche“ berichtet, hat der Reichsfinanzminister trotz des starken Protestes der Arbeitnehmer aller Richtungen den Gedanken noch nicht fahren lassen, die Finanznot des Reiches durch die Gelder der Angestellten- und Invalidenversicherung zu beheben. Jetzt kommt er mit dem Gedanken, den genannten Versicherungszweigen Reichsbahnvorszugsaktien anzuhängen. Auch damit wird der Finanzminister keine Begeisterung wecken können. Wir erklären uns noch einmal mit allem Nachdruck gegen derartige Eingriffe in die Sozialversicherung, und zwar deshalb, weil

1. der Gedanke der Selbstverwaltung mit derartigen willkürlichen Eingriffen nicht zu vereinbaren ist,
2. die Rentenversicherungen den Baumarkt in hohem Grade finanzieren: der beabsichtigte Ueberlaß würde augenblicklich eine Reihe Bauvorhaben zerstören, eine Reihe schon in Angriff genommener Bauten müßte stillgelegt werden,
3. ein bedeutender Teil des Vermögens der Rentenversicherungen dem Reich, den Ländern und Gemeinden in Form von Anleihen und Schuldcheindarlehen ständig zugeführt wird,
4. die V.L. ihungen zu einem so niedrigen Zinssatz erfolgen, daß der Allgemeinheit auch daraus ein nicht unbedeutender Nutzen erwächst,
5. den Rentenbeziehern und -anwärtern das unbedingte Vertrauen zu ihrer Versicherung erhalten bleiben muß.

### 100 000 polnische Saisonarbeiter kommen nach Deutschland

Wie die polnische Presse berichtet, sollen sich in diesem Jahre wieder etwa 100 000 polnische Wanderarbeiter nach Deutschland begeben. Ein riesiges Heer von deutschen Arbeitslosen ist vorhanden, und dennoch 100 000 polnische Arbeiter? Der Saie stellt die Frage mit höchstem Erstaunen, und auch der Unterrichtsminister hört diese Nachricht mit Bitterkeit. Hoffentlich macht man die Zusage wahr, daß das Kontingent der ausländischen Saisonarbeiter von Jahr zu Jahr herabgesetzt wird?

### Die Verbraucher gegen Umsatzsteuererhöhung

Die Geschäftsführer-Konferenz des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. V., Köln, nahm in ihrer Sitzung vom 11. Februar einstimmig folgende Entschlieung gegen eine Erhöhung der Umsatzsteuer an:

Die Geschäftsführer-Konferenz des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. V., Köln, vom 11. Febr. hält es für ihre Pflicht, als Vertreter der Verbraucherinteressen von 800 000 Familien gegen die geplante Erhöhung der Umsatzsteuer schärfsten Einspruch zu erheben.

Die Belastung der Verbraucher durch Erhöhung der Bülle auf Lebensmittel und andere tägliche Bedarfsgüter bedeutet schon eine so starke Belastung der breiten Verbraucherschichten, daß eine Erhöhung der Umsatzsteuer für sie ganz untragbar ist. Gerade die kinderreichsten und ärmsten Familien werden von der Umsatzsteuer am härtesten getroffen.

Die Geschäftsführer-Konferenz bittet deshalb Reichsregierung und Reichstag dringend, einem etwaigen Antrag auf Erhöhung der Umsatzsteuer die Zustimmung zu verjagen.

### Aus welchen Berufen stammen die Berufsberater?

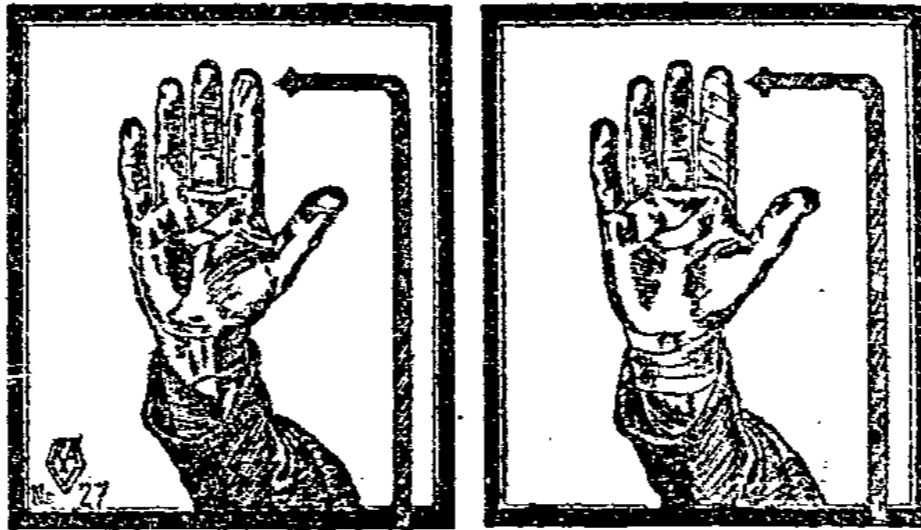
Nach einer Rundfrage der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zählten wir am 1. Mai 1929 im Deutschen Reich 471 hauptamtlich bei den Arbeitsämtern angestellte Berufsberater (292 männliche und 179 weibliche). Davon waren beschäftigt im Landesarbeitsamt Sproren 7, in Schlesien 28, in Brandenburg 61, in Pommern 8, in der Nordmark 27, in Niederachsen 17, in Westfalen 32, in Rheinland 84, in Hessen 33, in Mitteldeutschland 37, in Sachsen 52, in Bayern 35, in Südwestdeutschland 45. Von den männlichen Berufsberatern stammt nahezu die Hälfte (48 Prozent) aus praktischen Berufen im Handwerk, der Industrie, der Landwirtschaft, dem Handels- und Verkehrsgewerbe.

### Am 22. Februar 1930 ist der achte Wochenbeitrag für das Jahr 1930 fällig.

Etwa ein Achtel der männlichen Lehrkräfte (12,3 Prozent) entstammt den Lehrberufen, ein weiteres Ahtel (14,0 Prozent) aus dem Verwaltungsdienst und 31,3 Prozent sind Akademiker (Theologen, Juristen, Volkswirte, Psychologen sowie Personen aus anderen Berufsgebieten mit abgeschlossener Hochschulbildung). Bei den weiblichen Berufsberatern stammen 28,5 Prozent aus praktischen Berufen, 15,1 Prozent aus Lehrberufen, 11,7 Prozent aus akademischen Berufen, 51,7 Prozent haben die staatliche Anerkennung als Wohlfahrtspflegerin, von denen ein Teil den praktischen Berufen entstammt. Bezüglich der Altersgliederung liegt das Schwerkgewicht in der Altersgruppe vom 31. bis 45. Lebensjahre, die ungefähr die Hälfte umfaßt. Die jüngsten Kräfte sind 26 Jahre, ein kleiner Prozentjah ist älter als 56 Jahre.

### Was amerikanische und deutsche Arbeiterfamilien essen

Während der amerikanische Arbeiterhaushalt 35 Prozent des Haushaltsgeldes für Obst, Gemüse und Kartoffeln ausgibt, 20 Prozent für Fleisch, Eier und Fisch, 20 Prozent für Milch, 10 Prozent für Brot und Gebäck, 10 Prozent für Kaffeebrot und Nahrungsmittel und 5 Prozent für Marmelade und Fruchtjäfte, geht aus den Veröffentlichungen des Statistischen



### Auch kleine Wunden hatte verbunden!

Reichsamtes über die Ergebnisse einer amtlichen Erhebung in rund 1000 Arbeiterhaushalten hervor, daß in deutschen Arbeiterhaushalten der Verbrauch an Fleisch, Eiern und Fisch mit 40 Prozent an erster Stelle steht. Dann folgen Milch, Butter, Käse mit 20 Prozent, Brot und Backwaren mit 17 Prozent, Kartoffeln, Gemüse und Obst mit 14 Prozent und zuletzt die Nahrungsmittel mit etwa 8 Prozent.

### Aus dem Verbandsleben

**Landesberg Dstpr.** Die Generalversammlung wurde in diesem Jahre am 19. Januar abgehalten. 33 Mitglieder waren erschienen. Der Vorsitzende, Kollege Reddig, eröffnete die Versammlung und begrüßte die Anwesenden herzlich. Nachdem der Schriftführer Werner das Protokoll verlesen hatte, gab der Vorsitzende noch einen Rückblick auf das vergangene Jahr und ermahnte die Kollegen, auch fernerhin ihre Pflicht zu tun und womöglich noch tüchtiger zu sein als bis dahin. Dann gab der Kassierer, Kollege Jädel, den Kassenbericht bekannt, wocauf ihm Entlohnung erteilt wurde. Darauf wurde der Bestand der Sterbefasse geprüft und durch den Vorsitzenden bekanntgegeben. Es folgte die Wahl des Vorstandes. Sie hatte folgendes Ergebnis. 1. Vorsitzender Reddig, 2. Vorsitzender Karl Springer, 1. Kassierer Franz Jädel, 2. Kassierer Carl Zander, 1. Schriftführer Albert Werner, 2. Schriftführer Gustav Sommer, Revisoren Otto Lehmann und Paul Bloß. Bei der Friedrich Buchhorn, Fritz Engel, Otto Springer, Wilhelm Rahmet, Hugo Schiffer. Als Jugendführer wurde Fritz Zander, als Vertreter Paul Bloß gewählt. Ehrenmitglieder sind die Kollegen Siepstat, Steinau und Schiele. Dann wurde der Wunsch geäußert, hier in Landesberg auch eine Wohlfahrtspflege einzurichten. Darauf erteilte der Vorsitzende dem Bezirksleiter Lieblich das Wort zu einem Vortrag über „Wohlfahrtspflege und Arbeitslosigkeit“. Er erwähnte, daß es mit der Schichauer Werk und mit der Union in Königsberg schlecht stehe, und, falls es zum Konkurs komme, die Arbeitslosigkeit überhand nehmen würde. Zum Schluß wurden noch verschiedene Fragen an den Bezirksleiter gestellt und von diesem ausführlich beantwortet.

Albert Werner.

**Glöbbed. (Jahresbericht.)** Das Jahr 1929 war für die Verwaltungsstelle Glöbbed wahrlich keine erfreuliche Zeitepoche. Die Bauwirtschaft lag mit wenigen rühmlichen Ausnahmen darnieder. Die Gesamtzahl der erstellten Neubauwohnungen betrug — einschließlich derjenigen Bauten, die aus dem Jahre 1928 mit übernommen wurden — im Bereich der Verwaltungsstelle 1750. Kein zahlenmäßig bedeutender Rückgang gegenüber dem Vorjahre nur eine kleine Verringerung. Der Unterschied liegt lediglich daran, daß im letzten Berichtsjahre eine große Zahl von Zwei- und Dreizimmerwohnungen errichtet wurden. Die Zahl der Wohnungsuchenden ist von 7860 im Vorjahre auf rund 5700 zurückgegangen.

Die Zukunftsaussichten für den Wohnungsbau sind leider sehr trübe. Auf Grund der Erkundigungen bei den in Frage kommenden Bauämtern wurde uns versichert, daß die Baugesuche fast noch zahlreicher eingingen als im letzten Jahre. Es fehle aber an den notwendigen Baugeländern. Ein großer Teil der Kommunen hat die Hauszinssteuerbeträge schon bis 1931 im voraus verausgabt. Andererseits macht die Beschaffung von erstklassigen Hypotheken große Schwierigkeiten. Hinzu kommt, daß auch in unserem Gebiete die Kommunen erwägen, die Uebererschüsse aus Sparkassen und sonstigen öffentlichen Geldinstituten, die sonst stets dem Baumarkt zugeleitet werden, für den Ausgleich ihrer kommunalen Finanzen zu verwenden. Wir haben dieserhalb Gelegenheit genommen, den zuständigen Behörden unsere Ansicht hierzu kund zu tun. Hoffentlich wird dieses Vorhaben vereitelt.

Die gewerbliche, öffentliche und Industrieautätigkeit war im Berichtsjahre fast trostlos. In der gewerblichen und öffentlichen Bautätigkeit scheint der Höhepunkt überschritten zu sein. Auch für das kommende Jahr sind nur schwache Anlässe einer Belebung vorhanden. Mit der Industrieautätigkeit sieht es nicht viel besser aus.

Die Lohnregelung erfolgte wieder bezirklisch. Ungenügend bleibt neben den allgemeinen, unzulänglichen Lohnverhältnissen insbesondere die niedrige Entlohnung der Tiefbauarbeiter. Die Tiefbauarbeiter sollten sich endlich aufrufen und sich restlos den Bauarbeiterverbänden anschließen. Leider machen hierbei gerade die Notstandsarbeiten die größten Schwierigkeiten. Jedoch wird ohne Organisation dem Tiefbauarbeiter nicht zu helfen sein.

Der Bauarbeiterchutz wurde auch im letzten Jahre nachdrücklich zu fördern gesucht. Jedoch klagen unsere drei Baukontrollure darüber, daß es an der notwendigen Einheitlichkeit der örtlichen und bezirklichen Polizeiverordnungen und sonstigen Vorschriften mangelt. Daher muß dieses neben einem allgemeinen Bauarbeiterchutzgesetz erreicht werden.

Die Mitgliederentwicklung gestaltete sich entsprechend der Lage in der Bauwirtschaft. Durch die Ungunst der Verhältnisse im Gewerbe konnten wir gegenüber dem Vorjahre kaum die Hälfte der Mitglieder neu dem Verbands zuzuführen. Erfolgreich ist dennoch, daß die Jugendbewegung in unserer Verwaltungsstelle einen regen Aufschwung genommen hat. Wir haben in Glöbbed, Bortrop, Buer und Westerbholt gut arbeitende Jugendgruppen. Mein äußerlich trat die Jugendarbeit durch zwei glänzende Verlaufene Jugendtagungen in Buer und Glöbbed in die Erscheinung.

Das innere Verbandsleben konnte im allgemeinen auch in den älteren Abteilungen befriedigen. Immerhin muß der Versammlungsbesuch in einzelnen Ortsgruppen besser werden.

Die Rechtsschutzstätigkeit des Sekretariats war im Berichtsjahre sehr rege. Insgesamt wurden für die in Frage kommenden Kollegen 6600,29 RM. erzielt. Der Rechtsschutzersolg würde sich noch größer ausgestalten, wenn alle Kollegen die vorgegebenen Fristen innehielten. Die Rechtsschutzgelder bleiben auch im neuen Geschäftsjahre Dienstags und Freitags, nachmittags von 3 bis 7 Uhr, in der Geschäftsstelle, Ertriedenstrasse 14.

Der schriftliche Verkehr auf der Geschäftsstelle war sehr intensiv. Es gingen aus: 760 Briefe, 715 Postkarten, Drucksachen 1408, Postanweisungen 21, 3 Telegramme und 19 Pakete. Bei der Geschäftsstelle gingen ein: 645 Briefe, 341 Postkarten, 576 Drucksachen, 87 Postanweisungen, 5 Telegramme und 61 Pakete.

Mit den konfessionellen Vereinen wurde das freundschaftliche Band weiter enger zu knüpfen gesucht. Leider finden wir immer noch Kollegen, die glauben, ohne einen kirchlichen Standesverein auszukommen. Das ist nicht richtig. Gerade in den konfessionellen Vereinen erhalten die Mitglieder diejenigen geistigen Nahrungsmittel für den harten Alltagskampf, deren sie so unendlich bedürfen.

Mit vorliegendem Jahresbericht haben wir einen kleinen Ueberblick über die geleistete Arbeit innerhalb unserer Verwaltungsstelle gegeben. Freilich sind wir nicht am Ziel unserer Wünsche angelangt. Immerhin schritten wir ein gutes Stück weiter vorwärts. Wenn es uns nicht gelang, alles das zu erreichen, was wir wollten, dann trugen die ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse in erster Linie hierzu bei. Das Wesentliche ist indes, daß der alte, nie erlahmende Gewerkschaftsgeist weitere Wurzel in unseren Mitgliederkreisen faßte. Vor allem ist unsere Jugend für unsere Ideale und Ziele begeistert. Gestützt auf diese Tatsachen gehen wir mutig und unverzagt in das neue Jahr. Getreu dem gewerkschaftlichen Wahlspruch, daß nur in der Geschlossenheit die Macht entfaltet werden kann, wirken wir auch 1930 weiter an dem planmäßigen Aufstieg der deutschen Bauarbeiterchaft, im Rahmen des Gesamtvolkes.

Zum Schluß wollen wir es nicht unerlassen,

Wer an Säuerholden leidet, tut gut, sich an die **Säuerholdengesellschaft**, Berlin W., Post 300, zu wenden. Diese Gesellschaft leidet ganz und handelt jedem eine Probe ihrer ausgezeichneten und bewährten „**Säuerholden-Säbe**“ nebst maßgebender Aufklärungsschrift über Säuerholdenleiden.

Es sparen Geld, wenn Sie Ihre Bestellungen der **Sigard-Gesellschaft**, Kassel, überreichen. Die Firma weicht über 1 Million verschiedene Kunden; ein Beweis für die Güte und Preiswürdigkeit der verschiedenen Waren. Der neue Produktkatalog über **Sigard, Radio, und Grammophon, Nähmaschinen, Uhren, Gebrauchsgüter und Selbstverleumdungen, Metallinstrumente, Photoapparate, elektrische Beleuchtungen und Hausdarstellungskarten** ist jetzt erschienen. Interessenten erhalten ihn auf Wunsch gratis. Leistungsfähig ist auch die Abteilung **Werkzeuge**, von denen mit mechanischer Bedienung. Wir wünschen unser Bestes auf das in dieser Summe befindliche Instrument.

